

LBBW-Wohnungen gehen an Finanzinvestor: Mieter im ganzen Land sind die Verlierer!

Landesregierung opfert Mieterschutz den Profitinteressen

Der größte Wohnungsverkauf in der Geschichte Baden-Württembergs geschieht auf dem Rücken der Mieter. Profiteur des von der EU-Kommission erzwungenen Verkaufs der LBBW-Immobilienpartie ist die Augsburger Patrizia AG, die im Bieterwettbewerb den Zuschlag des Landesbank-Vorstands erhalten hat. Die Landesregierung hat als Miteigentümer, trotz gegenteiliger Ansagen im Koalitionsvertrag, die Interessen von 60.000 Mietern mit Füßen getreten. 21.500 Wohnungen werden nun dem börsennotierten Finanzinvestor übergeben, der ausschließlich Profit abschöpfen wird. DIE LINKE hat für dieses Vorgehen keinerlei Verständnis.

Die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg haben die LBBW vor kurzem noch mit Milliardenbeträgen vor dem Ruin gerettet. Das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart und die Kreissparkassen zahlten 5 Milliarden Euro zur Erhöhung des Kernkapitals. Haften müssen dafür die Einwohner/innen von Baden-Württemberg. Die LBBW hatte sich, wie viele Banken, auf den internationalen Spekulationsmärkten verzockt. Stadt und Land sind Mehrheitseigentümer der LBBW. Sie müssten diesen unsozialen Deal nicht hinnehmen. Es ist ein Trauerspiel, dass ausgerechnet unter einer Grünen/SPD-Regierung die bisher größte Wohnungsprivatisierung erfolgt, obwohl es eine sozialere Alternative gegeben hätte.

Zusagen des Baden-Württemberg-Konsortiums waren deutlich besser

Das extra für den Kauf der Wohnungen gegründete Baden-Württemberg-Konsortium, in dem auch die Stadt Stuttgart beteiligt ist, hatte ein deutlich besseres Angebot für Mie-

DIE LINKE.
Baden-Württemberg

ter und Beschäftigte abgegeben. Es versprach die Wohnungen für 20 Jahre zu halten, die Sozialwohnungen 18 Jahre und 75 Millionen Euro in Instandhaltung und Modernisierung zu investieren. Dagegen ist das geringfügig höhere Angebot von Patrizia von ca. 30 Millionen bei einem Kaufpreis von 1,4 Milliarden geradezu lächerlich. Daran hätte der Verkauf an das Baden-Württemberg-Konsortium niemals scheitern dürfen, hätte man den Gemeinwohlinteressen dasselbe Gewicht gegeben. Patrizia kann jetzt schon jedes Jahr knapp 1.000 Wohnungen verkaufen und nach 5 Jahren den Restbestand bzw. nach 7 Jahren die Sozialwohnungen.

Wer ist Patrizia?

„Die Patrizia AG gilt als Aufteiler, der große Bestände schnell privatisiert“ (Stuttgarter Nachrichten vom 14.2.2012). Es handelt sich um eine AG, die selbst kaum Kapital besitzt, nicht einmal 3 % der Kaufsumme. Deshalb bildet sie eine Investorengemeinschaft von Versicherungen, Banken, Pensionsfonds, die viel Geld in den Kauf der Wohnungen investieren. Sie wollen natürlich Gewinne erzielen. Mieterinteressen spielen für sie keine Rolle. Gegenteiligen Beteuerungen in der Öffentlichkeit darf keinerlei Glauben geschenkt werden. Der Sitz der Gesellschaft ist in Augsburg.

Vertreter der Landesregierung zur Rede stellen

Im Wahlkampf hatten SPD und Grüne versprochen auf soziale Interessen bei der Vergabe besonderen Wert zu legen. Im Koalitionsvertrag heißt es: „An potenzielle Käufer haben wir die Erwartung, dass sie bereits Erfahrungen auf den baden-württembergischen Wohnungsmärkten gesammelt und sich als verlässliche Partner der Kommunen engagiert haben.“ Finanzminister Nils Schmid, der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel, aber auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann müssen erklären, warum sie ein weiteres Wahlversprechen gebrochen haben. Die Aussagen von Ministerpräsident Kretschmann, der Deal wäre vertretbar, und von Finanzminister Schmid: „Die einen haben eben zu wenig Geld geboten“, können nur als blanker Zynismus bewertet werden.

Wohnen ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht

Es fehlt in vielen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg an bezahlbarem Wohnraum. Darunter leiden in besonderem Maße Menschen, die nicht über hohe Einkommen verfügen, Alleinerziehende und Familien mit Kindern. Bereits die schwarz-gelben Landesregierungen der Vergangenheit haben den sozialen Wohnungsbau eingestellt und den Wohnungsmarkt ganz der Spekulation unterworfen. Wohnen ist zum großen Geschäft für Finanzinvestoren und Makler geworden.



DIE LINKE fordert:

- Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus.
- Mietobergrenzen, denn Wohnen muss bezahlbar sein. Menschen, mit niedrigem Einkommen, Alleinerziehende und Familien mit Kindern dürfen nicht verarmen, weil sie die Mieten nicht mehr bezahlen können.
- Stopp der Privatisierung kommunaler Wohnungen.
- Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass die LBBW als öffentliche Bank ihren öffentlichen Auftrag erfüllt und sich nicht verhält wie jede profitorientierte Privatbank.

Wir unterstützen es mit Rat und Tat, wenn sich Mieterinitiativen bilden, die die Interessen der Betroffenen gegen die Gewinninteressen der Patrizier vertreten. Unsere LINKEN-Gemeinderäte vor Ort werden auch im Stadtrat die Interessen der Mieter und ihrer Initiativen einbringen.

DIE LINKE.
Baden-Württemberg

So erreichen Sie uns:

*DIE LINKE. Baden-Württemberg
Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711-241045
info@die-linke-bw.de
www.die-linke-bw.de*